

Niederschrift

über die 16. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschusses am Donnerstag, 03.07.2025 um 18:40 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Thomas Remih FDP

Ratsmitglieder

Herr Rainer Schlottmann CDU

Herr Kevin Schneider CDU

Herr Michael Wegmann CDU

Herr Tristan Zeitter CDU

Frau Nicole Anfang CDU

Vertretung von Frau
Hufmann

Vertretung von Herrn
Razum

ab 19:00 Uhr

Vertretung von Herrn
Grünendahl

Frau Anabela Barata SPD

Frau Hannah Hammer SPD

Herr Steffen Kirchhoff SPD

Herr Heinz Albers Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Andrea Grunert Bündnis 90/Die Grünen

Herr Peter Münnich Bündnis 90/Die Grünen

Herr Ralf Peter Beier BÜRGERAKTION

Vertretung von Frau Vogel

Sachkundige Bürger*innen

Herr Frank Sondermann SPD

Herr Ratsherr Dietmar Vocke AfD

Beratende Mitglieder

Herr Roland Krüger Fraktionslos

Beiräte

Frau Sabine Anna Roth Behindertenbeirat

Von der Verwaltung

Herr Dr. Claus Pommer Stadt Hilden

Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger Stadt Hilden

Herr Jan Hermanns Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Errichtung einer Freiflächen-PV-Anlage mit Batteriespeicher im Bereich Karnap-West durch die Stadtwerke Hilden GmbH
- 3 Antrag der SPD vom 16.05.2025: Inklusion auf der Ausbildungs- und Studienbörse
- 4 Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 30.05.2025: Jahresbericht der Wirtschaftsförderung
- 5 IHK Positionspapier
- 6 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 7 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Um 18:35 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Thomas Remih eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

keine

Einwohnerfragestunde

Herr R. aus Hilden begrüßte die Idee der B2B-Veranstaltung zum Thema Inklusion und fragte nach der Wahrscheinlichkeit der Umsetzung der geplanten Veranstaltung.
Herr Pommer antwortete, dass die Zusage von Herrn Schwenger in der Sitzungsvorlage gilt und eine Veranstaltung in 2026 organisiert werde.

Herr R. aus Hilden fragte, was der Verein Gemeinsam Leben Lernen e.V. tun müsse, um mit der Stadtverwaltung zum Thema „Inklusion in Ausbildung und Arbeit in der Hildener Stadtverwaltung“ ins Gespräch zu kommen?

Herr Pommer sagte zu, für Gespräche zur Verfügung zu stehen.

Frau K. aus Hilden fragte nach der geschwätzten Wirtschaftlichkeitsbetrachtung in der Sitzungsvorlage zu TOP 2: Wie könnten Bürger erkennen, ob ihre Beteiligung an der Finanzierung wirtschaftlich ist, wenn die Zahlen nicht auf den Tisch liegen?

Herr Stuhlträger erklärte, dass heute nicht entschieden werde, ob und wann das Vorhaben wirtschaftlich ist, sondern ob die Stadt die Fläche verpachten will. Erst muss das Produkt stehen, bevor es verkauft werden könne.

Herr Remih wies darauf hin, dass die Sitzungsvorlage die heute für den Rat zugestellt wurde, nicht öffentlich sei.

Herr D. aus Hilden sagte, dass die Wirtschaftlichkeit ein Teil der Abwägung des Gemeinwohlinteresses darstelle.

Herr Stuhlträger erklärte, dass das Gemeinwohlinteresse Stromerzeugung ist und nach Entscheidung des Gesetzgebers die zur Diskussion stehende Fläche zur Errichtung einer Freiflächen-PV-Anlage privilegiert sei und nur bei Ausnahmen, wie z.B. geschützte Arten, zur Diskussion stünde.

1 Befangenheitserklärungen

keine

2 Errichtung einer Freiflächen-PV-Anlage mit Batteriespeicher im Bereich Karnap-West durch die Stadtwerke Hilden GmbH

WP 20-25 SV 61/210

Herr Vocke fragte, ob das Projekt auch ohne Bürgerbeteiligung durchgeführt werde.

Herr Stuhlträger bejahte dies.

Herr Albers sieht die Wirtschaftlichkeit des Projektes als gegeben. Die Fraktion der Grünen wird zustimmen.

Auch die SPD wird dafür stimmen, sagte Frau Barata. Außerdem erläuterte sie, dass sie sich der Dringlichkeit zur Einhaltung von Klimazielen bewusst sei und die Errichtung der PV-Anlage ein Teil davon sei.

Herr Schlottmann kündigte an, dass die CDU nicht mitstimmen würde und regte an, dass es zu keinem Automatismus für Repowering kommen solle, sondern dies eine freie Entscheidung für die Nachfolger sein solle.

Herr Beier sagte, dass die Bürgeraktion für PV-Anlagen sei, jedoch in diesem Fall der Freiflächenschutz höher zu bewerten sei.

Herr Remih werde für die FDP gegen den Antrag stimmen, da die Wirtschaftlichkeit noch nicht geprüft werden konnte.

Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag für den Stadtentwicklungsausschuss:

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Ausführungen der Stadtwerke Hilden GmbH zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat, dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Hilden GmbH zu folgen und das Grundstück

zur Errichtung der seitens der Stadtwerke Hilden GmbH angestrebten Freiflächen-PV-Anlage mit Batteriespeicher zur Verfügung zu stellen.

Beschlussvorschlag für den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Stadtwerke Hilden GmbH zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat, dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Hilden GmbH zu folgen und das Grundstück zur Errichtung der seitens der Stadtwerke Hilden GmbH angestrebten Freiflächen-PV-Anlage mit Batteriespeicher zur Verfügung zu stellen.

Beschlussvorschlag für den Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss:

Der Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss nimmt die Ausführungen der Stadtwerke Hilden GmbH zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat, dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Hilden GmbH zu folgen und das Grundstück durch einen Pachtvertrag mit einer Laufzeit von 30 Jahren zzgl. Option zur Verlängerung zur Errichtung der seitens der Stadtwerke Hilden GmbH angestrebten Freiflächen-PV-Anlage mit Batteriespeicher zur Verfügung zu stellen.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss, im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz sowie im Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss:

1. Die Stadt Hilden stellt der Neue Energien Hilden GmbH das Grundstück für den Bau einer Freiflächen-Photovoltaik-Anlage mit Batteriespeicher gemäß der Empfehlung des Aufsichtsrats der Stadtwerke Hilden GmbH die notwendigen Flächen aus den Grundstücken Gemarkung Hilden Flur 15 Flurstück 56, 124, 125, 126, und 324 mit einer Flächengröße von insgesamt rd. 40.000 m² im Wege eines Pachtvertrags mit einer Laufzeit von 30 Jahren zur Verfügung.
2. Der Pachtvertrag enthält die Option, den Pachtzeitraum zu verlängern, wenn die Vertragspartnerin die Anlage „repowerd“, d.h. die Anlage durch eine neue und modernere Anlage, die ggfs. leistungsstärker ist, ersetzt. Der Verlängerungszeitraum hat sich an der voraussichtlichen Betriebszeit der neuen Anlage zu orientieren.
3. Als Pachtzins wird ein Betrag von 8.000 Euro je Jahr festgelegt.
Die Höhe dieses Pachtzinses wird für 10 Jahre festgeschrieben.
Die Vertragspartnerinnen verpflichten sich, im 10. Jahr und später im jeweils folgenden 5. Jahr die Höhe der Pacht an die geänderte Ertragslage der Freiflächen-PV-Anlage (inkl. Batteriespeicher) anzupassen. Der angepasste Pachtzins darf aber 8.000 Euro je Jahr niemals unterschreiten.
4. Die Vertragspartnerin ist im Pachtvertrag weiterhin zu verpflichten:
 - A) Die Anlage muss mindestens die folgenden in § 37 Abs. 1a EEG genannten Kriterien erfüllen:
 1. Die von den Modulen maximal in Anspruch genommene Grundfläche beträgt höchstens 60 Prozent der Grundfläche des Gesamtvorhabens.
 2. Auf den Boden unter der Anlage wird ein biodiversitätsförderndes Pflegekonzept angewandt, indem
 - a) die Mahd zur Förderung der Biodiversität maximal zweischürig erfolgt und das Mahdgut abgeräumt wird oder
 - b) die Fläche als Portionsweide mit biodiversitätsfördernd an den Flächenertrag angepasster Besatzdichte beweidet wird.
 3. Die Durchgängigkeit für kleinere Tierarten wird bei Bepflanzung und Einzäunung gewährleistet.

4. Auf mindestens 10 Prozent der Fläche der Anlage werden standortangepasste Typen von Biotopelementen angelegt.
 5. Die Anlage wird bodenschonend betrieben, indem
 - a) auf der Fläche keine Pflanzenschutz- oder Düngemittel verwendet werden und
 - b) die Anlage nur mit Reinigungsmitteln gereinigt wird, wenn diese biologisch abbaubar sind und die Reinigung ohne die Verwendung der Reinigungsmittel nicht möglich ist.
- B) Die Anlage muss zum Wirtschafts- und Wanderweg An den Gölde einen Mindestabstand von jeweils 5 m einhalten.
Diese Abstandsfläche soll als angesäter Blüh- und Schutzstreifen angelegt und unterhalten werden. Die Einsaat hat mit zertifiziertem Regiosaatgut zur mehrjährigen Einsaat zu erfolgen (entsprechend Paket 5042D der Anlage 1 „Maßnahmengruppe 1: Vertragsnaturschutz auf Ackerflächen“ der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen im Vertragsnaturschutz [Rahmenrichtlinien Vertragsnaturschutz] vom 12.12.2022).
- C) Der zur Sicherung der Anlage notwendige Zaun ist landschaftsgerecht an den von dem Wirtschafts- und Wanderweg sichtbaren Teilen - wie in Anlage 2.0 beschrieben - mit standortgerechten Gehölzen zu bepflanzen, so dass er - bis auf eine Toranlage - nicht sichtbar wahrgenommen wird. Die Gehölze sind fachgerecht zu unterhalten und unterliegen bei - ggfs. teilweisen - Entfall einer Wiederanpflanzungsverpflichtung.
5. Die jeweiligen Gesellschaftsvertreter in den städtischen Beteiligungsunternehmen Stadt Hilden Beteiligungsgesellschaft mbH, Stadt Hilden Holding GmbH, Stadtwerke Hilden GmbH und Neue Energien Hilden mbH werden angewiesen, die jeweiligen Geschäftsführungen anzuweisen, dass die Neue Energien Hilden GmbH die Bürgerschaft mit bis zu 50% des Investitionsvolumens über das in der Anlage 2.0 dargestellte und vom Aufsichtsrat der Stadtwerke Hilden GmbH empfohlene Bürgerbeteiligungsmodell an der Freiflächen PV-Anlage finanziell (Investition und Ertrag) beteiligt.
 6. Die jeweiligen Gesellschaftsvertreter in den städtischen Beteiligungsunternehmen Stadt Hilden Beteiligungsgesellschaft mbH und WGH Wohnungsbaugesellschaft mbH werden angewiesen, die jeweiligen Geschäftsführungen anzuweisen, dem Landwirtschaftsbetrieb, der zurzeit die vom Bau und Betrieb der Freiflächen-PV-Anlage in Anspruch zu nehmende Landwirtschaftsfläche von der Stadt Hilden gepachtet hat, als Kompensation die Landwirtschaftsfläche auf den Grundstücken Flur 18, Flurstücke 6, 7, 55, 60, 61, 325 und 326 mit einer Buchfläche von 59.659 m² zu einem marktangemessenen Pachtzins zur Pacht anzubieten.
Die Ergebnisse sind dem Aufsichtsrat der WGH Wohnungsbaugesellschaft mbH zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen (7 dafür (SPD, Grüne) 3 dagegen (FDP, Bürgeraktion, AfD) 5 Enthaltungen (CDU))

3 Antrag der SPD vom 16.05.2025: Inklusion auf der Ausbildungs- und Studienbörse

WP 20-25 SV 80/037

Frau Barata sagte, dass ein Veränderungsprozess Zeit benötige und gab an am Antrag festhalten zu wollen. Eine zusätzliche B2B Veranstaltung begrüßt sie.

Frau Roth bat darum ihre Stellungnahme ins Protokoll aufzunehmen. „Der Beirat für Menschen mit Behinderung begrüßt die Entwicklungen und Bestrebungen der Wirtschaftsförderung, die durch den Antrag angestoßen worden sind, sehr und unterstützt

den Antrag der SPD als deren nachhaltige Weiterentwicklung.
Es ist wichtig durch die geplante B2B-Veranstaltung Hildener Unternehmen zum Thema Inklusion in Ausbildung und Arbeit zu informieren und zusammen mit den entsprechenden Fachstellen, wie Reha-Trägern, Agentur für Arbeit, Integrationsamt und IfD über Möglichkeiten aufzuklären. Vielleicht ergeben sich hier auch Erkenntnisse, die in der Stadtverwaltung selbst zu einem Umdenken zur inklusiven Beschäftigung führen.
Dank des Antrags der SPD wurde die Eröffnung einer so wichtige Diskussion erst ermöglicht!
Wir bitten um Aufnahme dieser Stellungnahme ins Protokoll.“
Herr Schlottmann nannte die Inklusion wichtig und den Vorschlag der Verwaltung richtig.
Herr Vocke stimmte dem zu, findet es jedoch nicht nötig Differenzierungen hervorzuheben.

Erläuterungen zum Antrag:

Inklusive Ausbildungsbetriebe, die junge Menschen mit Behinderungen ausbilden oder gezielt für inklusive Arbeitsplätze offen sind, leisten einen wichtigen Beitrag zu Chancengleichheit, Teilhabe und sozialer Gerechtigkeit. Durch ihre gezielte Einbindung und Hervorhebung auf der Ausbildungsbörse sollen sie gestärkt und junge Leute mit besonderem Unterstützungsbedarf besser erreicht werden. Dies fördert eine vielfältige Ausbildungslandschaft und sendet ein starkes Signal für gelebte Inklusion in unserer Stadt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen (8 dafür (SPD, Grüne, Bürgeraktion) 6 dagegen (CDU, FDP) 1 Enthaltung (AfD))

4	Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 30.05.2025: Jahresbericht der Wirtschaftsförderung	WP 20-25 SV 80/038
---	---	--------------------

Herr Münnich bedankte sich für die Umsetzung der Verwaltung und erklärte den Antrag für erledigt.

Antrag für erledigt erklärt

5	IHK Positionspapier	WP 20-25 SV 80/039
---	---------------------	--------------------

Herr Beier widerspricht der befürwortenden Aussage zur CO-Pipeline des Positionspapiers.
Herr Münnich fragte, warum das Positionspapier als Tagesordnungspunkt eingebracht wurde und den Fraktionen nicht einfach geschickt wurde?
Vorsitzender Herr Remih erläuterte, dass die Positionspapiere auch früher zur Kenntnis dem Ausschuss zur Verfügung gestellt worden seien.
Das Positionspapier wird mit dem Widerspruch zum Thema CO-Pipeline zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss nimmt das Positionspapier der IHK zur Kenntnis.

6 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

keine

7 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

keine

Ende der Sitzung: 19:25 Uhr

/ Datum
Vorsitzende

Jan Hermanns / Datum
Schriftführer

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister